



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

„Land Hessen muss Ausbau der A661 und Einhausung zügig und mit Weitblick planen, nur so kann ein signifikanter Bundesbeitrag zur Finanzierung der Frankfurter Großvorhaben erhofft werden. Frankfurter CDU-Politiker Wiesmann, Schneider und Nagel sprechen mit der Hausspitze des Bundesverkehrsministeriums.“

Berlin/Frankfurt am Main, 12.09.2019

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 79552

Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro

Kurt-Schumacher-Straße 30-32

60313 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de

www.bmwiesmann.de

Auf Initiative der Frankfurter Bundestagsabgeordneten Bettina M. Wiesmann (CDU) trafen am Montag, dem 9.9.2019, der CDU-Kreisvorsitzende, Stadtrat Jan Schneider, und der Vorsitzende des Fachausschusses Verkehr der CDU Frankfurt, Frank Nagel, und Wiesmann selbst den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Steffen Bilger, um über aktuelle Herausforderungen und Vorhaben der Frankfurter Verkehrspolitik zu sprechen.

„Die Zukunft der Boomregion Frankfurt/Rhein-Main wird maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, eine stimmige Wachstumsstrategie umzusetzen. Die Modernisierung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur am Knoten Frankfurt, sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße, ist dafür von überragender Bedeutung. Mit der Entscheidung, für den avisierten Fernbahntunnel nun eine Machbarkeitsstudie in Angriff zu nehmen, tut das Ministerium einen weiteren wichtigen Schritten Richtung Realisierung, den wir außerordentlich begrüßen. Denn der Tunnel wird nicht nur mehr Geschwindigkeit und einen besseren Takt auf der Schiene ermöglichen – und zwar deutschlandweit –, sondern auch die Kapazitäten des Regionalverkehrs in und um Frankfurt signifikant erhöhen. Er ist die Voraussetzung für fast alle zukunftsweisenden Projekte im Schienennah- und Regionalverkehr“, betont Verkehrsexperte Nagel.

„Mit der Entscheidung für die Einhausung über 1080m Länge vom Frühjahr hat Frankfurt die Weichen dafür gestellt, dass der genauso wichtige Lückenschluss und Ausbau der Autobahn A661 im Osten der Stadt mit ihrer großen Bedeutung für den Pendler- wie den überregionalen Verkehr mit einer zukunftsweisenden Stadtrepatur verbunden wird“, ergänzt Schneider. „Jetzt muss alles dafür getan werden, dass die Planungen optimal aufeinander abgestimmt werden, damit es nach Jahren der Diskussion und Abwägung zwischen verschiedenen Varianten nun zügig vorangeht. Ich freue mich, dass in Berlin erkannt wird, welche Bedeutung die Ertüchtigung auch der Straßeninfrastruktur in und um Frankfurt hat: Denn fast alle Verkehrsausbaumaßnahmen, die der Bund in und um Frankfurt plant, genießen Priorität – egal ob im Vordringlichen Bedarf oder im Weiteren Bedarf mit Stern des aktuellen



Bundesverkehrswegeplans; sie dürfen geplant werden, und die gesetzlich vorgesehene bundesseitige Finanzierung steht in Aussicht. Auch die kürzlich vom Ministerium in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zur Ertüchtigung der A5 zwischen Bad Homburger Kreuz und Frankfurter Kreuz zeigt, wie wichtig der Bund die Frankfurter Baustellen nimmt. Das sind gute Nachrichten für Frankfurt!“

Wiesmann, die in Berlin den Frankfurt Norden, Osten und Süden vertritt, hebt die Verantwortung des Landes Hessen hervor: „Unter diesen guten Voraussetzungen kommt es darauf an, dass die Landesebene ihren Part ebenfalls engagiert wahrnimmt. Ohne baldige Referenzplanung des vollständigen sechsstreifigen Ausbaus der A661 kann nicht nur die Einhausung nicht geplant werden; es fehlen auch die Grundlagen für die Entscheidungsfindung über den Lärmschutz entlang der Strecke und weitere konkrete Kostenabwicklungen mit der Stadt als Bauherrin des Deckels. Insbesondere die von HessenMobil vorgesehene weitere Verkehrsuntersuchung muss so schnell wie möglich aufgesetzt werden. Stadt, Region und der überregionale Wirtschaftsverkehr warten auf bessere Verkehrsbedingungen im Frankfurter Osten, und eine realistische Planung zum vollständigen sechsstreifigen Ausbau, inklusive Einfädelungs- und Standstreifen, macht die Einhausung mit Hilfe des gesetzlich vorgeschriebenen Lärmschutzes leichter finanzierbar. Alles spricht aus Frankfurter Sicht für eine echte “große Lösung” - Nutzen, Kosten und Akzeptanz der Bevölkerung.“